

Umgang: 10.4.2000 Ulll.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

B 90/Die Grünen • Rathaus • 51465 Berg, Gladbach

An die Bürgermeisterin
Frau Maria Theresia Opladen
- Rathaus -

51465 Bergisch Gladbach

EINGEGANGEN
1-102
- 6. April 2000

im Stadtrat von
Bergisch Gladbach

Telefon + Fax 02202 / 14 22 42
email: gruenefraktion.gl@gmx.de
www.gruene.de/bergisch-gladbach

Bürozeiten:
die 9-14 Uhr, do 9-17 Uhr
BürgerInnensprechstunde:
montags 17-18 Uhr

06.04.2000

**Antrag zur Hauptausschußsitzung am 09.05.2000 - NS-Zwangsarbeiter
(Ersatz für "Dringlichkeitsantrag für die Ratssitzung am 16.12.99")**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Hauptausschußsitzung am 09.05.2000 zu nehmen:

1. Der Hauptausschuß erkennt die moralische Verantwortung der Stadt Bergisch Gladbach gegenüber den Menschen an, die während der NS-Zeit als Zwangsarbeiter in unserer Stadt arbeiten und vielleicht sogar ihr Leben lassen mußten. Er entschuldigt sich öffentlich dafür bei den noch lebenden Opfern. Eine gleichlautende Erklärung empfiehlt der Hauptausschuß dem Rat.
2. Der Hauptausschuß fordert in aller Klarheit die Firmen (und ihre Rechtsnachfolger) auf unserem Stadtgebiet auf, sich am bundesweiten Zwangsarbeiterfond der Wirtschaft zu beteiligen und der Öffentlichkeit bekannt zu machen, wann und mit welcher Summe sie dies tun.
3. Der Hauptausschuß spricht sich dafür aus, daß die Stadt Bergisch Gladbach - als Rechtsnachfolgerin aller ehemaligen Gemeinden auf dem heutigen Stadtgebiet - dem Entschädigungsfonds für NS-Zwangsarbeiter beiträgt und sich angemessen finanziell daran beteiligt.
4. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, alle erdenklichen Möglichkeiten zu ergreifen, um noch lebende ehemalige Zwangsarbeiter festzustellen und für deren Entschädigung zu sorgen.
5. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, sich mit der Stadt Köln und dem NS-Dokumentationszentrum in Verbindung zu setzen, um ein ähnliches Modell wie Köln zu entwickeln, einmal jährlich ehemalige Zwangsarbeiter in die Stadt einzuladen, um es ihnen heute in Bergisch Gladbach gehen zu lassen.

Begründung:

Der städtische Archivbericht zu "NS-Zwangsarbeitern" belegt, daß es auch in Bergisch Gladbach sehr viele ZwangsarbeiterInnen gab, die für Firmen und auch für die Stadtverwaltung arbeiten mußten. Angesichts der Tatsache, daß die noch lebenden betroffenen Menschen inzwischen sehr alt sind, ist zügiges und unbürokratisches Handeln angebracht.

Magda Ryborsch

Magda Ryborsch, Fraktionsvorsitzende